

Ausschuss für Inneres und Sport

(100. Sitzung am 22. September 2016)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss beschloss eine erneute Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zu dem Änderungsvorschlag der Regierungsfractionen (verteilt als Vorlage 13) zur LT-[Drs. 17/5422](#) (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze).

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018 -) und Ergänzungsvorlage zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6060](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2016 - 2020**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/6340](#)

*Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 17** - Landesbeauftragte für den Datenschutz unter Einbeziehung der Mipla 2016 - 2020. Er nahm die **Einbringung** durch die Landesbeauftragte für den Datenschutz entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** durch. Auf eine **Einzelberatung** wurde verzichtet.*

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018 -) und Ergänzungsvorlage zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6060](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2016 - 2020**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/6340](#)

*Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 03** (ohne Kapitel 0390 Verfassungsschutz) - Ministerium für Inneres und Sport - und das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende Kapitel 2011, TGr. 64/65, lfd. Nrn. 6 - 18, des **Einzelplans 20** - Hochbauten unter Einbeziehung der Mipla 2016 - 2020. Er nahm die **Einbringung** durch den Minister für Inneres und Sport entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** durch. Auf eine **Einzelberatung** wurde verzichtet.*

3. **Haushaltsbegleitgesetz 2017**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6407](#)

Der Ausschuss begann mit der Mitberatung.

Vertraulicher Sitzungsteil

4. Fortsetzung der Unterrichtung durch Herrn Staatssekretär Manke über die Sachverhalte in der PD Braunschweig

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in einem **vertraulichen Sitzungsteil** entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

5. Mehr Polizei für Niedersachsens Sicherheit!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4958](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch. Mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP empfahl er dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes und der Allgemeinen Gebührenordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6348](#)

Nach Einbringung des Gesetzentwurfs durch eine Vertreterin der Landesregierung beschloss der Ausschuss eine mündliche Anhörung. Einzelheiten sollen am Rande des Oktober-Plenums besprochen werden.

7. Gesetz zur Flexibilisierung von Standards für kommunale Körperschaften (StaFlexG)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 17/6401](#)

Der Ausschuss bat um eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung und beschloss die Durchführung einer Anhörung. Einzelheiten der Anhörung sollen am Rande des Oktober-Plenums besprochen werden.

8. Mehr Schutz für die Menschen in Niedersachsen vor Terror und Kriminalität - die Landesregierung muss endlich umdenken!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6238](#)

Der Ausschuss bat um eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung.

9. Konsequenz gegen gefährliches Verhalten im Straßenverkehr

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6247](#)

Der Ausschuss bat um eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung.

10. Integration in die Gesellschaft durch Arbeit, Bildung und Familie

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/6433](#)

Die antragstellende Fraktion brachte den Antrag ein. Der Ausschuss beschloss eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung und bat den Kultusausschuss sowie den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration um eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 1 GO LT unter Berücksichtigung der Unterrichtung und des weiteren Beratungsablaufs im federführenden Ausschuss.